# DER GRÜNSPECHT

Die Information von *BÜNDNIS* 90 / **DIE GRÜNEN** Ortsverband Titz Ausgabe 1 2021

## Sondergrünspecht zur Bundestagswahl 2021

# „Stromberg will auch das, mit dem Team!“

**Es war ein Riesen-Lacher, als Bernd Stromberg,** Hauptfigur der gleichnamigen Mockumentary-Serie und in dieser Rolle stellvertretender Leiter Schadensregulierung A-L einer Versicherung, sich auf eine Leitungsposition beworben hatte und nun in einem Auswahl-Seminar wiederfand, in welchem er sich als geeignet für die Position erweisen sollte.

Wie immer in der Serie kam seine Art und seine kruden Auffassungen der Dinge aber nicht gut an. Das merkt er schließlich selbst und diktiert dem Seminarleiter nach einem guten Beitrag eines Kollegen in den Block: **„Schreiben Sie mal auf, hier, Stromberg will auch das mit dem Team“.**

An diese Szene fühle ich mich in den vergangen Tagen immer wieder erinnert, wenn ich sehe, wie sich die Wahlkämpfer der aktuell regierenden Parteien von dem distanzieren, was sie noch ein paar Tage vorher vehement als das alternativlos-vernünftige angepriesen haben.

Aber der Wähler hat mit den Augen gerollt, verschämt gehüstelt und die **Abteilungsleiter der GroKo** mussten sich etwas anderes überlegen.

Dummerweise punkteten gerade die unbeliebtesten „Kollegen“ mit guten Ideen, die bei den Wählern ankamen. Also wollten die Strombergs dieses Wahlkampfs das auch, das mit diesem *Klimaschutz und so.*

Nun könnte man ja sagen, gut, wenn alle es wollen geht es voran.

Der Runing-Gag bei Stromberg ist jedoch, dass er sich hinter alles stellt, was ihn vermeintlich weiterbringt. Weder steht er dahinter noch hat er irgendeine Ahnung von der Sache, die er im übrigen sofort wieder fallen lässt sobald es Schwierigkeiten gibt.

Armin Laschet war maßgeblich daran beteiligt, das Ausstiegsszenario 2038 durchzudrücken und schön zu färben. Mit einer eigenen „Lex Garzweiler“ versuchte er, die Überprüfung der Notwendigkeit des Braunkohleabbaus den ordentlichen Gerichten zu entziehen.

Ein Olaf Scholz hat noch vor wenigen Wochen angezweifelt, ob wir 2038 überhaupt schon aus der fossilen Energiegewinnung aussteigen können.

Die Grünen fordern seit Jahren einen geplanten und nachhaltigen Ausbau- bzw. Umbauplan, der über all die Jahre schon heute zu messbaren Ergebnissen ohne zu sprunghafte Belastungen geführt hätte und die Mehrheit der Bürgerinnen gibt Ihnen recht.

Jetzt wollen beide *Abteilungsleiter* das auch, das mit dem früheren Ausstieg.

Noch 2014 hat Wirtschaftsminister Siegmar Gabriel (SPD) einen Deckel, eine Obergrenze für erneuerbare Energien eingeführt und damit bis zu 80.000 Arbeitsplätze in den erneuerbaren Energien verhindert um 20.000 Arbeitsplätze in der Braunkohle vermeintlich zu schützen.

Unter den Ministern Altmaier und Scheuer (beide CDU/CSU) wurden die Restriktionen für Windkraftanlagen an Land derart verschärft, dass der Ausbau stellenweise ganz zum Erliegen kam.

Die Grünen wollen sowohl die Erzeugung erneuerbaren Energien als auch die Förderung der Forschung an Speichermöglichkeiten gezielt fördern und gleichzeitig über eine soziale Komponente den normalen Verbraucher entlasten. Wer zusätzlich Energie spart oder erneuerbare Energie erzeugt profitiert zusätzlich. So schafft man Dynamik und Ausgleich.

Die beiden Parteien der *Abteilungsleiter* wollen jetzt auch das mit dem schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien. Egal, wie, nur schnell halt.

Bürgerrechte, Digitalisierung, Inklusion, Pflege – wo immer gute Konzepte zu kopieren sind springen CDU und SPD auf und vereinnahmen scheinbar das Thema.

Bei Stromberg werden alle anderen Serien-Charaktere, die Stromberg vertrauen entlassen, versetzt, degradiert oder sonst wie in die Wüste geschickt, denn Stromberg macht seit 20 Jahren immer das gleiche und kann nicht aus seiner Haut raus. **Nicht umsonst ist einer seiner Sprüche: „Außer bei Frauen und Autos ist neu nicht immer gleich besser.“**

Bei der Wahl zum neuen Deutschen Bundestag darf man getrost ebenfalls die Frage stellen, ob man den beiden Parteien, die seit einer gefühlten Ewigkeit die Geschicke des Landes lenken zutrauen darf, plötzlich innerhalb weniger Wochen völlig neue Ideen zu entwickeln und die Problem zu lösen, die sie selbst verursacht haben?

Die Versicherung gerät übrigens am Ende in schweres Fahrwasser und Stromberg wechselt als Berater zur SPD, von Verbindungen zur CDU ist nichts bekannt.

*Kommentar: Christian Waldrich*

**GRÜN KANN!**

Das mit diesem,

**KLIMASCHUTZ**

## Kreisverkehr in Jackerath – Geschichtsfälschung auf Vorrat

Es war schon ein ziemliches Husarenstück was die gewitzten Marketingfachleute von RWE am 22. Juli 2021 unter Applaus weitgehend unkritischer Regionalpolitiker da umgesetzt haben.
Ein Kreisverkehr, der mit kreisförmig drapierten Braunkohleklumpen in einer zukünftigen Blühwiese nicht mehr, als Vergangenheit und Zukunft des „Reviers" darstellen sollen.

Bei der Gestaltung des Kreisverkehrs handelt es sich aber keineswegs um eine harmlose „Raumgestaltung mit Blick nach vorne". Vielmehr wird hier schon heute der Versuch unternommen, die Geschichte der Braunkohle für zukünftige Generationen zu schönen. Die Braunkohle wird hier als „alternativloser Brennstoff der Vergangenheit" inszeniert, anstatt zu demonstrieren, wieviel Schaden und Leid der Kohleabbau der Umwelt, dem Weltklima und den tausenden Menschen verursacht hat, die von RWE vertrieben wurden.
Wie mag diese Inszenierung wohl auf die zahlreichen Flutopfer der Hochwasserereignisse wirken? - Wie ein lachender Ministerpräsident.

Wenn schon, wäre es angebracht gewesen, die Kreise mit den Steinen der Lambertus-Kirche oder des Kreiskrankenhauses aus Immerath oder von Gebäuden der anderen ehemaligen Dörfer zu befüllen und das Ausmaß der Verwüstung zu dokumentieren. Aber davor steht halt niemand gerne für ein Pressefoto.

**GRÜN KANN!**

**KLIMA. SOZIAL. WIRTSCHAFT.**

## Der Anfang vom Ende der Selbstherrlichkeit

Die Geschichte von Datteln IV ist ein Zeichen dafür, wie weit sich Behörden, Großkonzerne und die selbsternannten Volksparteien von Realität und Rechtsstaatlichkeit entfernt haben. In Sachen Kohleverstromung könnte es das letzte sein.

Datteln IV, damit ist ein weiterer Block des bereits seit den 60er-Jahren bestehenden Kohlekraftwerks Datteln, mit dessen Errichtung im Jahre 2007 begonnen wurde. Dies war unter anderem auch deshalb notwendig geworden, weil der damalige Betreiber E.ON ansonsten ab 2006 seine bestehenden Kesselanlagen u.a. mit einer modernen Rauchgasentschwefelungsanlage aufwändig hätte nachrüsten müssen.
Zwar war auch schon damals bekannt und gesellschaftlich gewollt, dass die Verstromung fossiler Energien schnellstmöglich abgelöst werden sollten. Dennoch hielten Betreiber, Politik und Behörden an der schnellen und gewinnträchtigen Lösung fest.
In der Folge klagten Anwohner, Nachbarkommunen und Verbände gegen die Genehmigungsgrundlage und den zukünftigen Betrieb. Fast immer mit Erfolg bei den Gerichten, fast immer gefolgt von Taschenspielertricks der Kohlefreunde.

Schon 2009 entschied das Oberverwaltungsgericht Münster, dass die Planungen gegen die Landesplanung verstießen und hob den Bebauungsplan zum ersten Mal auf. Das Bundesverwaltungsgericht bestätigte das Urteil, indem es eine Beschwerde gegen die Nichtzulassung abwies.
Auf Druck von CDU, SPD und FDP sollte eine Sonderlösung her. Doch eine Sondererlaubnis der Landesregierung hob das OVG im Juni 2012 erneut auf.
2017 erteilte die Bezirksregierung die emissionsrechtliche Genehmigung, wogegen sowohl der BUND als auch Uniper als neuer Eigentümer selbst klagte, da ihm die Umweltschutzauflagen zu hoch waren.

Im Januar 2020 erteilte nun die Bundesregierung eine heftig umstrittene Sondergenehmigung gegen den Widerstand so ziemlich der gesamten Umweltbewegung und weiter Teile der Bevölkerung.
Am 26. August dieses Jahres hat nun das OVG erneut den Bebauungsplan für rechtswidrig erklärt und die Beschwerde dagegen nicht zugelassen. Einer Beschwerde dagegen wird kaum Chancen eingeräumt. Nun gilt es zu verhindern, dass sich Landesregierung, Bezirksregierung und Politik erneut über geltendes Recht hinwegsetzen und den Sondererlaubnis-Joker ziehen.

Lassen wir die Dinosaurier jetzt in Ruhe sterben!

**Bereit, weil Ihr es seid.**

Hat Julia Klöckners Amtszeit nicht überlebt

# Tierschutz jetzt!

Kükenschreddern, Enthornung bei Rindern, Schnäbelkürzen bei Geflügel, Dauerbeleuchtung in Geflügelhallen, Kastenstand und keine Bewegungsfreiheit bei Schweinen, Spaltböden, betäubungslose Kastration – die Politik der großen Koalition und Ihrer Tierproduktionsindustrie-Frontfrau Julia Klöckner haben das kurze Leben von weit über 700 Millionen Nutz-Tieren in Deutschland zur Hölle auf Erden gemacht. Warum? Unter anderem um Geld für die mächtigen Lobbyorganisationen zu sparen, mit denen Julia Klöckner zusammen in die Kameras lächelt. Alternativlos? Nein! **Am 26.09.2021 entscheidet sich** auch, ob das Tierleid unvermittelt weitergeht oder auch „Nutz"-Tiere ein Minimum an Qualfreiheit und Würde erhalten.

**Globaler Klimastreik am 24. September 2021**

Wir müssen jetzt handeln, um die Klimakrise und das weltweite Artensterben einzudämmen und das 1,5-Grad-Limit des Pariser Klimaabkommens einhalten zu können.
**#FridaysForFuture**
**#AlleFürsKlima**

# Liebe Bürgerinnen und Bürger,

**mein Name ist Chris Andrä und ich bin Ihr Bundestagskandidat.**

Ich möchte, dass unser Kreis Düren auch in 50 Jahren noch lebenswert ist.

Wir brauchen einen konsequenten Klimaschutz und für uns im Rheinischen Revier ganz konkret einen erfolgreichen Strukturwandel. Ich kämpfe für mehr Grün, mehr Artenschutz und eine nachhaltige Infrastruktur, die unsere Lebensqualität steigert.

Wir müssen dafür sorgen, dass jedes Kind die gleichen Chancen bekommt und am gesellschaftlichen leben teilhaben kann. Reichtum haben wir erst erreicht, wenn jedes Kind frei von Armut ist.

**Das möchte ich hier bei uns erreichen:**

- Gemeinsam mit Unternehmen und Arbeitnehmer:innen die Wirtschaft in unserer Region fit für eine klimagerechte Zunkunft machen. Mit klaren und planbaren Zielen für einen ambitionierten Struckturwandel.
- Schulen und Kitas als Orte der Bildung gestalten, in denen die Kinder und ihre individuellen Bedürfnisse im Mittelpunkt stehen.
- Klima-, Umwelt-, Tier- und Gewässerschutz und landwirtschaftliche Erzeugung miteinander versöhnen. Für eine lebenswerte Region, in der wir in einer intakten Natur gesund und in fairem Miteinander leben können.

Mehr Informationen über
**Bündnis90/DieGrünen**
OV-Titz

finden Sie im Internet unter:

**www.Gruene-Titz.de**

Impressum: Herausgeber Ortsverband und Fraktion von BÜNDNIS90/Die Grünen Titz, Postanschrift: Dackweiler Siedlung 2, 52445 Titz.
Tel. 02463 997149. Redaktion: Andreas Leßenich, Christian Waldrich, V.i.S.d.P. Christian Waldrich.
Fotos: GRÜNE, Pixabay.com, wikipedia,.de publicdomainvectors.org

# Wie hältst Du es mit der Gewerbegebietsentwicklung? Eine gemeindepolitische Gretchenfrage

**Kurz vor der Sommerpause mussten sich die Mitglieder des Titzer Gemeinderates der Frage stellen, ob, bzw. unter welchen Bedingungen weitere Gewerbeflächen in der Gemeinde entstehen sollen.**

Auslöser war die Vorstellung eines Gewerbeparks durch einen Projektentwickler und die durchaus kontroverse Diskussion darüber.

Und auch für unsere Fraktion stellt sich die Frage: können wir Grüne einem neuen Gewerbegebiet zustimmen?

Die Antwort lautet eindeutig: Ja, aber ***GRÜN!***

Wie in der „großen" Politik in Bund und Land wird auch im Kleinen oft eine Kluft zwischen ökonomischen Notwendigkeiten und ökologischer Vernunft herbeigeredet.

Ja, natürlich muss eine Gemeinde eine gesunde ökonomische Basis haben, auf welcher Sie das Leben und den Alltag Ihrer Einwohner:innen gestalten kann.

Eine passende Gewerbeansiedlung kann dabei ein guter funktionierender Weg für alle sein. Aber so sinnvoll eine Gewerbeansiedlung im Prinzip auch ist, sie muss einen Sinn an dem Ort machen, an dem Sie entstehen soll.

Titz als ländlicher Standort, gewählt, weil die Fabrik, das Zentrallager, der Umschlagplatz hier weniger Leute stört als in der Stadt? Das ist zu wenig!

Grundsätzlich ist gegen eine Gewerbeansiedlung nichts zu sagen. Viele Flächen an sich werden nach „modernen" landwirtschaftlichen Standards bewirtschaftet, sind aber gerade dadurch nicht besonders ökologisch wertvoll. Diese Flächen lassen sich mit der Gewerbegebietentwicklung durch echte Öko-Ausgleichsflächen in ihrer biologischen Funktion gut zu ersetzen. Ein Gewerbegebiet kann Steuergelder und Arbeitsplätze einbringen und die weitere Entwicklung der Gemeinde fördern.

Ein Gewerbegebiet kann aber auch Probleme mit sich bringen, die es tunlichst schon im Planungsprozess zu vermeiden gilt.

Der Umfang der Betriebszeiten ist kein stichhaltiges Kriterium, sondern die Emissionen, die während des Betriebs entstehen. Ein leises Kommissionslager könnte ohne Probleme rund um die Uhr arbeiten während bei einem lauten Produktionsbetrieb eine Stunde schon zu viel sein kann.

Viel wichtiger ist da schon die Frage nach dem Verkehrsaufkommen. Wie viel Verkehr entsteht? Wann entsteht er? Wie fließt er zu und ab? Jede Ansiedlung kann zu individuellen Belastungen der Anwohner führen. Diese Belastungen müssen daher bereits bei der Konzeption möglichst genau ermittelt bzw. auf ein Minimum reduziert werden.

Ebenso wichtig wie die möglichst geringe Belastung der Anwohner ist für uns der **Ökologische Fußabdruck** des Projektes. Flächenverbrauch, Qualität und Quantität von Ausgleichsmaßnahmen, Emissionsschutz sowie Niedrig-Energie-Standards, Solaranlage und Ökostrombezug sollten in einer Region, die viel zu lange von der Braunkohlegewinnung belastet war, selbstverständlich sein.

Nicht zuletzt sind diese Kriterien auch im ureigenen wirtschaftlichen Interesse eines jeden Unternehmens zu sehen.

Also Gewerbeansiedlung in Titz? Ja, wenn Sie ein ernst gemeintes Angebot eines ehrlichen Partners, nein, wenn sie der Weg des geringsten Widerstands ist.